

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 1

Artikel: Urabstimmung muss geprüft werden : Parteitag muss Antwort suchen
Autor: Eggenberg, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340088>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zialstaates, die kompromisslosere bürgerliche Finanzpolitik, die rücksichtslosere profitorientierte Energie- und die fehlende wirkungsvolle Umweltpolitik seien als beliebig zu vermehrende Beispiele angeführt. Den letzten Höhepunkt der zunehmenden Arroganz des Bürgertums haben wir mit den Bundesratswahlen erlebt. Sie sind Ausdruck einer zunehmenden Untergrabung der Grundlagen einer bis anhin noch mehr oder weniger funktionierenden Konkordanz. Dem Resultat der Wahl kommt darum letztlich der Charakter eines Rauswurfs der Sozialdemokraten aus dem Bundesrat gleich, obwohl man zur Aufrechterhaltung der Fassade noch Sozialdemokraten — quasi ad personam — gewählt hat.

Unsere Verantwortung!

Niemand will heute ernsthaft bestreiten, wie weite Kreise inner- und ausserhalb unserer Bewegung auf diese politische Entwicklung in unserem Land

reagieren. Die wichtigste Entscheidung, der wir uns heute zu stellen haben, ist von der Frage bestimmt, ob wir weiterhin mitansehen wollen, wie mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger in die Resignation und politische Apathie getrieben werden, oder ob wir noch fähig sind, neue Hoffnung zu signalisieren. Für diese Hoffnung in eine politische Zukunft braucht es den einschneidenden Schritt eines Bundesratsaustritts. Nur er kann heute von einer breiteren Öffentlichkeit als Zeichen des Aufbruchs verstanden werden. Darin liegt jetzt die Verantwortung, aber auch die Chance der Sozialdemokratie. Die Missachtung dieser Anzeichen von Resignation und politischer Apathie bzw. der neuen Hoffnung würde uns schon bald der realpolitischen Grundlage, der heute noch so brillant vorgetragenen technokratischen Rechtfertigung eines Verbleibes im Bundesrat berauben. Es ist nicht zuletzt auch unsere historische Aufgabe, der jüngeren politischen Generation eine neue

Perspektive sozialdemokratischer Politik zu geben. Diese kann in der heutigen aktuellen Situation nur durch eine konstruktive Oppositionspolitik auf Bundesebene aufgezeigt werden. Dass wir gerade in zentralen Bereichen der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Friedenspolitik grundlegend andere Positionen vertreten, haben unsere Parlamentarier in letzter Zeit selber überzeugend bewiesen. Ein Bundesratsaustritt wird dies auch in einer breiteren Öffentlichkeit deutlich machen. Niemand macht sich Illusionen über einen raschen Umschwung der politischen Mehrheiten in der Schweiz. Oppositionsbänke sind zweifelsohne hart. Doch niemand soll uns weismachen, dass die Bänke derjenigen, die ernsthaft für den demokratischen Sozialismus kämpfen, überhaupt einmal hätten bequemer werden können! Der Bundesratsaustritt ist fällig. Wir dürfen nicht mehr nur diejenigen sammeln, die noch hoffen, wir müssen wieder Hoffnung schaffen!

Urabstimmung muss geprüft werden

Parteitag muss Antwort suchen

Von Ernst Eggenberg, Stadtpräsident von Thun

1. Zur Sache

Der Präsident der Vereinigten Bundesversammlung und der Übersetzer wechseln ab in der Bekanntgabe der Wahlresultate des ersten und schon endgültigen Wahlganges:

Ausgeteilte Stimmzettel	246
Eingegangene Stimmzettel	246
Leer	2
Ungültig	0
Gültig	244
Absolutes Mehr	123
Gewählt ist mit 124 Stimmen	

Herr Otto Stich. Stimmen erhielten Frau Lilian Uchtenhagen 96, Herr Belser 17, Diverse 7.

Der aufbrausende Applaus, eine übliche Begleiterscheinung bei Bundesratswahlen, muss sich erst Mut machen. Dass die Entscheidung im ersten Wahlgang schon fällt, überrascht die bürgerlichen Macher dieses Wahlergebnisses selber.

Der erhoffte historische Augenblick, die Wahl einer Frau in den Bundesrat, fand nicht statt.

Noch nicht. Und trotzdem scheint mir diese Wahl, mindestens im Rahmen unserer Konkordanzdemokratie und innerhalb des bundesrätlichen Verteilungsschlüssels (2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP) für die SPS von nicht unwesentlicher Bedeutung.

Das haben auch bürgerliche Exponenten bemerkt. In Diskussionen und in Zeitungskommentaren versuchen sie eifrig, alle Schuld auf die Schultern des SPS-Präsidenten zubür-

den. Sogar die freisinnige Frau Kopp versicherte in der Sendung «Tatsachen und Meinungen», die Chancen von Frau Uchtenhagen seien bis zum Verzicht des Herrn Buser vollständig intakt gewesen.

Und da sei doch eine Gegenfrage gestattet: Gesetzt der Fall, Helmut Hubacher hätte in der Wahl der Mittel und in der Begründung der Kandidatur Uchtenhagen da und dort zu pointiert gesprochen oder geschrieben: Gibt dies der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments das Recht, in recht kurzsichtiger Manier den gesamten politischen Hintergrund, der in der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion schliesslich zur Kandidatur Uchtenhagen geführt hat und auch führen musste, einfach zu negieren und geradezu unverantwortlich die am Vorabend der Wahl gestartete hektische Wirtshausaktion unter das Motto zu stellen: Wählt wen ihr wollt, nur nicht Uchtenhagen?

Wir Sozialdemokraten sind enttäuscht, viele sind verbittert. Und so versucht man uns denn zu trösten: 1959 wurde Hanspeter Tschudi anstelle des politisch sehr engagierten offiziellen SP-Kandidaten und SPS-Parteipräsidenten Walther Bringolf im dritten Wahlgang gewählt. Walther Bringolf war mit Fritz Grütter zusammen — das darf man ruhig wieder einmal in Erinnerung rufen — entscheidender Mitbegründer der bis heute noch geltenden Zaubersformel für die Zusammensetzung des Bundesrates. Und dennoch blieb er auf der Strecke.

1973 erteilte den damaligen Parteipräsidenten Arthur Schmid das gleiche Schicksal. Im ersten Wahlgang schon wurde Willi Ritschard gewählt. Das sei auch schon bürgerlichen Kandidaten passiert, das liege halt im Wahlsystem begründet, und niemand wisse so genau, wie

sich das einzelne Fraktionsmitglied schliesslich dann zu der Kandidatur einer anderen Partei stelle.

Diese Feststellungen treffen zu. Aber die bürgerlichen Parteien sind durchaus in der Lage, ihre Kandidaten ohne SP-Unterstützung durchzupauken, während wir als klare politische Minderheit immer auf die Unterstützung der Bürgerlichen angewiesen sind. Nicht das Wahlrecht des Parlaments wird von uns in Frage gestellt, sondern die starke bürgerliche Ablehnung der offiziellen SP-Kandidatin. Deshalb geht es nicht an, den 7. Dezember 1983 mit früheren Bundesratswahlen zu vergleichen, und es geht nicht an, diesen Tag einfach der Erinnerung anzuvertrauen und auf ein langsames Verblässen oder auf eine Relativierung aufgrund früherer Wahlerfahrungen zu hoffen — denn da gibt es nichts zu relativieren.

Die klare, unmissverständliche Stellungnahme des SPS-Vorstandes vom 10. Dezember 1983 hat mich aufrichtig gefreut. Ein ausserordentlicher Parteitag, ausschliesslich dem Problemkreis der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung gewidmet, ist in der jetzigen Situation *die einzige mögliche Antwort* auf die Fragen unserer Mitglieder und Wähler. Ich bin zwar beinahe über die Terminfrage gestolpert. Der Beschluss, die Aussprache vor der Frühjahrs-session des Parlamentes durchzuführen, setzt die vorgesehene Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Parteitages unter ganz gewaltigen Termin- und Arbeitsdruck und erschwert die sorgfältige und objektive Vorbereitung.

2. Wie weiter?

Ich habe, solange ich politisiere, immer die Meinung vertreten, dass die SP in allen Stufen, also in Gemeinde, Kanton und Bund, Regierungsverantwor-

tung anstreben muss. Dieser Grundsatz wird auch von Genossinnen und Genossen akzeptiert, die jetzt dieser Regierungsverantwortung mindestens für eine bestimmte Zeit den Rücken kehren wollen. Ich habe Mühe, dieser Absicht zu folgen, denn die Regierungs-beteiligung unserer Partei wird in keinem Fall ein einseitiger Parteientscheid sein können. Wir können nur den Austritt allein entscheiden. *Wenn wir wieder in die Regierung eintreten wollen, müssen wir uns mit anderen politischen Parteien absprechen, und sie müssen mit unserem Anliegen einverstanden sein.* Nur wer glaubt, über den Weg der Oppositionspartei je einmal eine absolute Mehrheit im Parlament zu erringen, kann also unbesehen für den Auszug der SP aus dem Bundesrat plädieren.

Die Frage stellt sich heute nicht, ob wir Otto Stich im Bundesrat wollen oder nicht. Die Frage lautet: Ist die Fortsetzung der Regierungsmitarbeit noch zumutbar? Ich trete für die Regierungsbeteiligung ein. Aber nicht ohne bestimmte Voraussetzung.

● Die so viel zitierten Bundesräte Tschudi und Ritschard, aber auch die anderen bisherigen SP-Bundesräte hatten die Möglichkeit, die Anliegen und die Prioritäten unserer Partei so zu vertreten, dass wesentliche Fortschritte für die Arbeiterschaft eindeutig dank dieser Bundesratsbeteiligung erzielt werden konnten. Das war nur möglich, weil einerseits die Bürgerlichen die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten anstrebten, und unsere Bundesräte gleichzeitig in grundsätzlichen Fragen von Fraktion und Partei gestützt wurden. Wenn die heutige bürgerliche Mehrheit im Parlament und Bundesrat den politischen Kompromiss nicht mehr anstrebt, verliert die Konkordanzdemokratie ihre

Berechtigung. Ich hoffe deshalb, dass unsere Arbeitsgruppe bis zum Parteitag ein politisches Programm zur Verfügung stellen kann, das als Aktionskatalog und sozusagen als Leitplanke für unsere Regierungsbeteiligung verabschiedet werden sollte. Es dürfte kaum möglich sein, ein solches Programm ohne Unterstützung durch den Parteitag mit den Bundesratsparteien zu diskutieren. Im Gegenteil: Ich meine, dass der politische Beitrag des ausserordentlichen Parteitages Eingang finden muss in die Legislaturziele der Landesregierung.

● Der Februar-Parteitag wird sich bei aller politischen Unabhängigkeit daran erinnern müssen, dass der *SGP-Präsident Fritz Reimann* eine offizielle Anfrage der bürgerlichen Parteien für eine Kandidatur und eventuelle Wahl *sehr deutlich abgelehnt* hat, dass aber in verschiedenen Kantonen unseres Landes, so zum Beispiel auch im Kanton Bern, die Wahllisten überschrieben waren: Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften. Die Arbeitsgruppe hat ihre Diskussionsgrundlagen auf diese erprobte und bewährte Partnerschaft abzustimmen.

● Die Rolle der Opposition ist schwer zu definieren, und Oppositionsbänke sind hart. Das

weiss nicht nur Helmut Hubacher. In unserer Referendumsdemokratie kann das Parlament der politische Widersacher der Regierung sein. Wir sind uns dieser Tatsache wohl bewusst, handeln aber zu wenig zielstrebig. Das Problem ist mit und ohne eigene Bundesräte in der neugewählten Fraktion dringend anzugehen.

● Ein Parteitag vermag, ich bestreite dies nicht, Teile unseres Basis zu erfassen. Aber eben nur Teile. Sollte der Parteitag die 25jährige ununterbrochene Mitverantwortung in der Landesregierung verneinen, wäre diese Abkehr eben dieser Basis zum Entscheid zu unterbreiten. Eine Urabstimmung aller Mitglieder oder mindestens der Sektionen ist ernsthaft zu prüfen.

Ich befürworte die Regierungsverantwortung der SPS unter klar formulierten Voraussetzungen. Gerade weil wir eine politische Minderheit sind, sollten wir nicht ohne Not den erkämpften politischen Einfluss aufgeben.

Ich hoffe mit allen, die sich um den politischen Stellenwert unserer Partei Sorgen machen, dass es dem ausserordentlichen Parteitag gelingen möge, in sachlicher und zukunftsbezogener Diskussion die Weichen richtig zu stellen.

der bürgerliche Hofberichterstatte kurz als Wink mit dem Bumerang.

Doch das Spiel geht weiter. Die «Befriedigung», die der freisinnige Pressedienst nach dem Wahlausgang an den Tag legte, wird kaum von langer Dauer sein. Denn in den Karten des SPS-Präsidenten sind noch einige «Böcke».

Es gehörte noch nie zu den Stärken des Bürgerblocks, Wesen und Stärke der Sozialdemokratischen Partei richtig einzuschätzen. Zu sehr gehen die bürgerlichen Parteistrategen von den Erfahrungen ihrer eigenen Gremienpolitik aus. Was am 17. Dezember 1959 funktioniert hat, was am 5. Dezember 1973 gelungen ist, muss auch am 7. Dezember 1983 klappen, hiess die prinzipielle Überlegung. Dabei liessen sich die Verwalter der Macht von weiteren Erwägungen leiten. So stützten sie sich auf die SPS-Meinungsumfrage vom September 1981, wo 95 Prozent der antwortenden SP-Sektionen sich für eine Regierungsbeteiligung ausgesprochen hatten. Zudem wussten sie von der Stimmung innerhalb der SPS-Fraktion. «Die Sozialdemokratische Partei wird in der Regierung bleiben», lautete deshalb unisono ihre Einschätzung, «egal, welchen Sozialdemokraten wir auch in den Bundesrat delegieren werden.»

Diese bürgerliche Analyse wird sich als falsch erweisen. Zum einen wurde am 7. Dezember 1983 nicht einmal ein Mann der zweiten Garnitur — bezugnehmend auf das parteiinterne Wahlverfahren — gewählt. Sowohl Tschudi als Ritschard hatten 1959 und 1973 respektable Minderheiten hinter sich bringen können, Stich jedoch stand nicht einmal ernsthaft zur Diskussion. Selbst in seiner eigenen Kantonalpartei waren entsprechende Zweifel derart gross, dass die Geschäftsleitung der

Martin Herter

Frage falsch gestellt

Sozialdemokraten im Bundesrat?

Die freisinnigen Königsmacher glaubten nicht an den Trumpf in Hubachers Karten. Ihr Stich-Entscheid werde das Blatt schlussendlich wenden, hofften sie. Am Tage des Aus-Stich hat-

te es Peter Amstutz in der «Basler Zeitung» formuliert: Der präsidiale Wink mit dem Zaunpfahl, sich nicht jeden Kandidaten für den Bundesrat unterjubeln zu lassen, wertete